

## Krim-Krise

# Sanktionspolitik würde besonders Südwesten treffen

Die Staats- und Regierungschefs haben die EU-Kommission beauftragt, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu prüfen. Auf dem G7-Gipfel diese Woche forderte US-Präsident Barack Obama die Partner erneut auf, Sanktionen zu beschließen. Doch für Länder wie Baden-Württemberg steht damit viel auf dem Spiel.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART. Die EU hat einen dreistufigen Sanktionsplan gegen Russland beschlossen. In der ersten Stufe hat sie Gespräche über Visa-Erleichterungen und ein Wirtschaftsabkommen mit Russland auf Eis gelegt. Die zweite Stufe (Einreiseperrnen, Kontensperrungen, Absage des EU-Russland-Gipfels) ist bereits am 17. März beschlossen worden. Eine dritte Stufe würde Wirtschaftssanktionen umfassen, sollte Russland etwa über die Krim hinaus im Osten des Landes militärisch eingreifen.

Für die USA, die Sanktionen am vehementesten fordern, wäre der Schaden überschaubar: Der Handel zwischen US-Firmen und Russland war zuletzt mit acht Milliarden Euro Ausfuhren und 19,5 Milliarden Euro Einfuhren vergleichsweise gering.

## Export von Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anders für Baden-Württemberg. Der Südwesten kommt allein im vergangenen Jahr auf beachtliche 4,88 Milliarden Euro an Exporten in die Russische Föderation. An der Spitze sind dabei laut Statistischem Landesamt Maschinen im Wert von 1,8 Milliarden Euro sowie mit 1,3 Milliarden Euro Kraftwagen und Kraftwagenteile. Aus Russland wurden Güter im Wert von 1,3 Milliarden Euro in den Südwesten importiert. Überwiegend Erdöl und Erdgas für über 867 Millionen Euro.

Rund 900 baden-württembergische Unternehmen (Deutschland:



Altbundeskanzler Schröder (l.) empfängt mit dem einstigen EnBW-Konzernchef Claassen (r.) Kremlin-Chef Vladimir Putin (m.). FOTO: ENBW



6200) sind entweder als lokale Produzenten oder mit Vertriebsstätten und Repräsentanzen in Russland aktiv, so das Wirtschaftsministerium. Insbesondere Maschinenbauer, Autohersteller (2013: zweistellige Zuwachsraten bei Daimler und BMW) und Zulieferer sind stark in Russland engagiert. Die Landes-

bank Baden-Württemberg betreibt das German Center in Moskau. Es bietet deutschen Firmen Unterstützung, auf dem russischen Markt Fuß zu fassen.

Im Falle von Sanktionen der EU wäre mit Gegensanktionen vonseiten Russlands zu rechnen, gibt das Wirtschaftsministerium zu beden-

ken. Diese könnten von Handelsbeschränkungen über Sperrungen von Unternehmenskonten bis hin zu Firmenenteignungen und Zahlungseinstellungen reichen.

„Das Gerücht, dass westliche Firmen enteignet werden könnten, hat das Vertrauen von internationalen Investoren erschüttert und dazu geführt, dass sie vorsichtiger sind“, berichtet Dietrich Birk, Geschäftsführer des Landesverbands der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA). Das gilt auch für Baden-Württemberg. „Unsere Firmen warten mit potenziellen Investitionen erst einmal ab“, sagt Birk.

Schon jetzt haben Investoren im ersten Quartal zwischen 50 und 70 Milliarden Dollar aus Russland abgezogen. Die Notenbank versucht seither, mit höheren Zinsen dagegenzusteuern. „Aber das verteuert die Kredite für die russischen Fir-

men, so dass sie unsere Maschinen schwerer finanzieren können“, erklärt Birk. „Die Nachfrage aus Russland ist daher spürbar zurückhaltend – unsere Aussichten haben sich eingetrübt“, sagt der Chef des Maschinenbauverbands. Und das, wo doch zuletzt das Geschäft der baden-württembergischen Maschinenbauer mit Russland angezogen hatte. „Russland ist für uns der viertwichtigste Absatzmarkt“, sagt Birk. Die Betriebe sind vor allem mit Bau- und Baustoffmaschinen, Förder- und Landtechnik sowie Werkzeugmaschinen gut im Geschäft.

## EU-Kommissar Oettinger sieht Versorgungssicherheit gewahrt

Bedenken gibt es auch, dass Russland den Öl- und Gashahn zudrehen und es hierzulande damit zu Engpässen in der Versorgung und zu steigenden Preisen kommen könnte. „Wir sind weit weniger abhängig als jemals zuvor. Es gibt keinen Grund zur Nervosität“, wiegelte EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) in einem Interview mit dem Deutschlandfunk ab. „Wir haben sehr große, gefüllte Speicher. Eine wochenlange Selbstversorgung wäre möglich“, schätzt er. In der EU sei laut Oettinger ein grenzüberschreitender Gastransport in viele Richtungen möglich. Man sei mit den russischen Partnern im Dialog. „Im Augenblick sind Russland und wir gewillt, die Gas-Beziehung aus der aktuellen Krise und aus der Politisierung der Wirtschaft herauszuhalten“, so Oettinger.

Auch die Russen fürchten Nachteile. Die Ausfuhren von Gas und Öl machen mehr als 70 Prozent der Gesamtausfuhren Russlands aus; ein Lieferstopp würde auch Russland schaden, schätzten die Experten im Wirtschaftsministerium. „Die Risiken für die Konjunktur wachsen. Eine Spirale gegenseitiger Sanktionen ist deshalb zu vermeiden“, sagen sie. „Wirtschaftssanktionen schaden beiden Seiten und könnten zu einer weiteren Abkehr Russlands von Europa führen. Der Gesprächsfaden mit Russland sollte beibehalten werden.“

## Stromnetz muss neu ausgeschrieben werden

KARLSRUHE. Bei der Konzessionsvergabe für das Stromnetz dürfen Kommunen ihre eigenen Interessen nicht in den Vordergrund stellen. Wichtiger sind Ziele wie Versorgungssicherheit und Verbraucherfreundlichkeit, urteilte das Oberlandesgericht Karlsruhe.

Nach dessen Urteil muss die Konzession für das Stromnetz in fünf Gemeinden im badischen Ortenaukreis neu ausgeschrieben werden. Der Energieversorger Süwag gewann am Dienstag in zweiter Instanz einen Rechtsstreit gegen das Elektrizitätswerk Mittelbaden (EWM).

Die Richter befanden, dass die Vergabe der Konzession an EWM in der Stadt Achern und vier weiteren Ortschaften nichtig sei. Dabei sei es zu Verstößen gegen Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes gekommen, die Diskriminierung verbieten und Transparenz vorschreiben. (lsw)

## Kurz notiert

### Kammern lehnen Lkw-Maut auf Bundesstraßen ab

STUTTGART. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) kritisiert die Pläne von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), auf weiteren 1000 Kilometern Bundesstraße eine Lkw-Maut zu erheben. „Nur weil neue Berechnungen des Wegekostengutachtens zu Mindereinnahmen des Bundes führen werden, darf sich die Politik die fehlenden Mittel nicht ausschließlich von der Wirtschaft holen“, fordert Gerhard Vogel, Präsident der IHK Rhein-Neckar. (sta)



Die Wirtschaft fürchtet, dass auf die Betriebe Mehrkosten zukommen. FOTO: DPA

### Preise für Bauleistungen steigen

STUTTGART. Die Bauleistungspreise ziehen wieder an. Laut Statistischem Landesamt stiegen die Preise für den Neubau von Wohngebäuden im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,1 Prozent. (sta)

### Maschinenbauer Trumpf gründet eigene Bank

DITZINGEN. Um seinen Kunden die Investitionen in seine Maschinen zu erleichtern, gründet der Spezialist für Laser und Werkzeugmaschinen Trumpf eine eigene Bank. Es gehe darum, Kaufkraftmaßgeschneiderte Finanzdienstleistungen zu bieten, sagte Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller. (lsw)

### Wirtschaftsminister Schmid unterstützt Frauenquote

STUTTGART. Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) begrüßt das vom Bund geplante Gesetz zur Frauenquote. „Beim Frauenanteil in Führungspositionen ist im Südwesten noch Luft nach oben. Freiwillige Vereinbarungen haben nicht ans Ziel geführt. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt zu gesetzlichen Regelungen kommen“, so Schmid. (sta)

## Kritik am Bund: zu wenig Mittel für Verkehrsprojekte

BERLIN. Die Bauwirtschaft kritisiert den jüngsten Entwurf des Bundeshaushalts 2014. „Statt wie im Koalitionsvertrag beschlossen mehr, sind weniger Mittel für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen“, beklagt Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie. Waren 2013 für Investitionen in die Bundesfernstraßen noch 5,425 Milliarden Euro bereitgestellt worden, sind es laut Haushaltsentwurf im laufenden Jahr nur 5,091 Milliarden Euro. Der Verband vermutet, dass dies auf geringere Einnahmen aus der Lkw-Maut zurückzuführen ist. Im Koalitionsvertrag war vorgesehen, die Investitionen in die Bundesverkehrswege in der laufenden Legislaturperiode um fünf Milliarden Euro aufzustocken.

Die Bauindustrie mahnt zudem, Ausschreibungen zügig vorzunehmen. Einige Straßenbauverwaltungen der Länder hätten ihre staatlichen Bauämter angewiesen, derzeit keine weiteren Projekte im Bundesfernstraßenbau in die Ausschreibung zu geben. Durch den milden Winter seien aber die meisten Aufträge bis Mai abgearbeitet. Die Unternehmen könnten jedoch nicht warten, bis der Haushalt vermutlich im Juli beschlossen werde, so der Verband. (sta)

## Ingenieure und Bauwirtschaft sind bereit für neue Dialogkultur zur Bürgerbeteiligung

Stuttgarter Erklärung: Verbände wollen Infrastruktur- und Industrieprojekte im Konsens realisieren

STUTTGART. Baden-württembergische Ingenieure sowie die Bauwirtschaft im Land rufen erstmals gemeinsam dazu auf, die Öffentlichkeit bei Infrastruktur- und Bauprojekten stärker zu beteiligen. Zu diesem Zweck haben sie am Donnerstag in Stuttgart eine gemeinsame Vereinbarung an Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) übergeben.

### „Weitgehend verträgliche Lösungen entwickeln“

In der „Stuttgarter Erklärung“ fordern die Unterzeichner öffentliche und private Vorhabenträger dazu auf, rechtzeitig den Dialog mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern aufzunehmen, „um zu informieren, ihre Anliegen zu hören und weitgehend verträgliche Lösungen“ zu entwickeln. „Wir, Ingenieurinnen, Ingenieure und Bauwirtschaft, erklären hiermit ausdrücklich unsere Bereitschaft, unsere öffentlichen und privaten Auftraggeber bei dieser Öffentlichkeitsbeteiligung tatkräftig zu unterstützen. Wir wollen Projekte in einer konstruktiven Atmosphäre planen und ausführen. Auch dies soll Teil einer neuen Dialogkultur sein“, heißt es unter anderem in der Erklärung.

Es ist das erste öffentliche Bekenntnis der am Bau beteiligten Ingenieure und der Wirtschaft zu einer besseren Bürgerbeteiligung, wie Klaus Pöllath, Vizepräsident Technik beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, und der Präsident der Ingenieurkammer, Rainer Wulle, unterstrichen. „Es ist in unserem Interesse, dass die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich

zu Beginn der Planungen und fortwährend im Projektverlauf einbezogen werden“, betonten Wulle und Pöllath im Namen aller Unterzeichnenden. „Es macht wenig Sinn, für Bürgerinnen und Bürger zu planen und zu bauen, wenn diese damit nicht einverstanden sind. Aus diesem Grund unterstützen wir die Verwaltungsvorschrift ‚Öffentlichkeitsbeteiligung‘ des Landes



Proteste gegen Stuttgarter Bahnhofprojekt: Ingenieure und Bauwirtschaft fordern eine neue Dialogkultur, um mehr Konsens mit Bürgern bei Bauvorhaben zu erzielen. FOTO: DPA

### MEHR ZUM THEMA

Die Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung (VwV) ist zu finden unter:

<http://beteiligungportal.baden-wuerttemberg.de>